

---

# Die alte Arbeiterbewegung ist tot

## *Anmerkungen zu einem quälend langen Niedergang*

**ROBERTO FIRENZE**

*Die politische Krise in Italien kann einem auswärtigen Betrachter als ein undurchschaubares, auswegloses Labyrinth erscheinen. Um sich darin zurechtzufinden, muss man sich einige Daten der wirtschaftlichen Krise und ihrer sozialen Folgen vor Augen halten.*

Nach Angaben des italienischen Amtes für Statistik (ISTAT) ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal 2013 um 0,5% gesunken. Das ist der siebte Rückgang in Folge. Nach dem Kriseneinbruch 2008–2010 befindet sich das Land damit in einer zweiten Phase anhaltender Rezession. Hinzu kommt das Platzen der «Immobilienblase»: Der Handel mit Immobilien ist auf das Niveau von 1985 gesunken, allein gegenüber dem Vorjahr ist er um 25% zurückgegangen. Die sozialen Folgen sind spürbar: Die Pfändungen nehmen zu, Zwangsräumungen haben einen Rekordstand erreicht, in den letzten fünf Jahren waren es 290 000, davon 240 000 wegen Zahlungsrückstand.

Die Maßnahmen, mit denen alle vergangenen Regierungen – angefangen bei Berlusconi über Monti bis zur neuen Regierung Letta, eine große Koalition aus PD, PdL und der Bürgerliste des Ex-Premier Mario Monti – versucht haben, der «Schuldenkrise» Herr zu werden, haben kein anderes Ergebnis hervorgebracht als ... den Anstieg der Staatsschulden; sie erreichten zuletzt die Höhe von 2034 Mrd. Euro. Die Rezession wurde dadurch noch verschärft.

Diese Zahlen werfen ein Schlaglicht auf die strukturellen Schwächen des italienischen Kapitalismus im Verhältnis zum europäischen und zum globalen Kapitalismus, der Ende des vergangenen Jahrhunderts in eine neue Phase getreten ist. Während die Wirtschaft in Europa stagniert – dies ist mindestens für Deutschland der Fall, die französische Wirtschaft ist bereits in die Rezession abgeglitten – befinden sich die Mittelmeerländer in einer Rezession mit Tendenz zur Depression, zu der eine «Schuldenkrise» hinzu kommt, die im Rahmen der vorherrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ausweglos scheint. Die italienische Wirtschaft ist, gemessen am spezifischen Gewicht der verarbeitenden Industrie, nach der deutschen immer noch die zweitstärkste in Europa, aber wegen dieser ihrer Eigenheit bekommt sie auch am stärksten den Wettlauf um die Auslagerung der Produktion in Drittländer zu spüren – um «Kosten zu sparen» und wettbewerbsfähiger zu werden. Die Kombination aus Kreditklemme der Banken – eine unmittelbare Folge der «Schuldenkrise» –, Konzentrationsprozessen des Kapitals und Austrocknung der traditionellen Märkte innerhalb und außerhalb von Europa mähren kleine und mittlere Betriebe in großem Maßstab nieder, wie überall auf der Welt. Diese bilden aber 90% der italienischen Unternehmen, einschließlich der exportorientierten.

Die Folgen für die Arbeiterinnen und Arbeiter liegen auf der Hand: Die Massenerwerbslosigkeit liegt weit höher als die offiziell von der Statistik zugegebenen 3 Millionen; hinzu kommen all jene, die auf Null-Kurzarbeit gesetzt sind, und die Schwarzarbeiter, die

weder einen Arbeitsvertrag noch Rechte haben und vor allem in Süditalien eine wahre, ständige «industrielle Reservearmee» darstellen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 35%, prekäre Beschäftigung weitet sich aus, die Löhne sinken, der eh ärmliche und klientelistisch strukturierte italienische Sozialstaat wird zerstört, öffentliche Güter privatisiert und abgebaut – obwohl es starke Mobilisierungen zu ihrer Verteidigung gibt und die Volksabstimmungen über die öffentliche Verwaltung des Wassers und gegen die Atomenergie im Juni 2011 Erfolg hatten.

In diese «große Krise» ist die italienische Arbeiterbewegung schon mit kaputten Knochen gegangen. Man kann sagen, dass die «italienische Besonderheit» – eine lange Phase von Arbeiterkämpfen, gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfen, die bis Anfang der 80er Jahre dauerte und bemerkenswerte soziale, politische und bürgerrechtliche Errungenschaften hervorbrachte – sich in ihr Gegenteil verkehrt hat. Mit der Streichung von Artikel 18 aus dem Arbeitsgesetzbuch im vergangenen Jahr schließt sich auch symbolisch eine historische Phase für die Arbeiterbewegung. Der Artikel 18 schützte die Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten vor Kündigungen «ohne berechtigten Grund», die Regierung Monti hatte die Streichung durchgesetzt, die Gewerkschaftsdachverbände CISL und UIL hatten dies geduldet und die CGIL dem formal, aber nur zaghaft Widerstand entgegengesetzt.

Die Unternehmer haben damit eine Maginot-Linie überschritten, die schon vorher belagert wurde und sich in den Jahren der Prekarisierung und Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen, dank der zahlreichen Abkommen, die mit den Gewerkschaftsvorständen, auch der CGIL, erreicht wurden, aufgelöst hat. Die Arbeitsbeziehungen im Betrieb sind dadurch tiefgreifend verändert und selbst elementare gewerkschaftliche Verteidigungsaktionen extrem erschwert worden. So gleicht die Gewerkschaftsbewegung in Italien mit den Jahren immer mehr den Kulissen aus Pappkarton für Westernfilme: Hinter der Fassade gibt es sehr wenig. Angeblich bezeugen Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern – allein die CGIL behauptet 5,4 Millionen, aber daran lässt sich zweifeln –, dass die Gewerkschaftsfront gegenüber der Krise und den Angriffen der Unternehmer «hält». Aber dem ist nicht so. Die gewerkschaftliche Organisation hängt an einem seidenen Faden und ist voller Widersprüche. Und die Beschäftigten haben es immer schwerer, konkrete Ergebnisse durchzusetzen, weil die Gewerkschaften die Zwänge der kapitalistischen Konkurrenz verinnerlicht haben und ihre Strategien daher nicht aufgehen. De facto werden sie immer stärker genötigt, die neoliberale Politik des Kapitals mitzumachen. Man könnte sagen, je stärker die Präsenz von Gewerkschaftsvorständen in den Aufsichtsräten, desto geringer die Fähigkeit der Arbeiterbewegung, auf die Krise und die Angriffe der Unternehmer zu reagieren.

All das führt zu einer tiefen Diskreditierung der Gewerkschaften überhaupt, auch im öffentlichen Dienst, wo die Gesetze sich nun ändern und auch hier Kürzungen der Lohnnebenkosten und Massenentlassungen möglich werden. Das ganze Universum der prekären Beschäftigung im Dienstleistungsbereich, in der Telekommunikation, im Groß- und Einzelhandel wird von den Gewerkschaften gar nicht erfasst, obwohl es auch hier Konflikte und Widerstand gibt. Die bedeutendsten Arbeitskämpfe der jüngsten Zeit im Gesundheitswesen (öffentlich wie privat) und im Logistikbereich, in dem sehr viele Migranten arbeiten, wurden von kleinen Basisgewerkschaften geführt, während die großen

Dachverbände CGIL, CISL und UIL gemeinsame Sache mit den Unternehmern machten.

Seit 30 Jahren unterstützen Mitte-Links-Regierungen in Italien neoliberale Politik, immer unter dem Vorwand des «kleineren Übels» und das Gespenst einer Berlusconi-Regierung vor sich hertragend. Sie stützen sich dabei auf die Gewerkschaftsapparate und das, was bis vor kurzem noch als die politisch-institutionelle Vertretung der einfachen Bevölkerung verstanden wurde, nämlich zuerst die KP, dann die PDS und schließlich die PD. Ihre Politik hat die Glaubwürdigkeit und Zustimmung zu dem, was real, aber auch in der Vorstellungswelt der subalternen Klassen «die organisierte Arbeiterbewegung» ausmachte, regelrecht demontiert – auf politischer, sozialer wie auf gewerkschaftlicher Ebene – und ihre Fähigkeit, eine potenzielle Alternative zum kapitalistischen System, zur herrschenden Klasse und ihrem politischen System zu repräsentieren, zunichte gemacht.

Von diesem Tatbestand müssen wir heute ausgehen. Italien befindet sich in gewissem Sinn dabei in einer Grauzone: Hier war die Arbeiterbewegung im vergangenen Jahrhundert eine der stärksten in der kapitalistischen Welt, umso schärfer und dramatischer ist deshalb ihr Rückwärtsgang, ihre Fragmentierung und die dramatischen Beweise ihrer Impotenz.

Das ist es, was wir meinen, wenn wir in Sinistra Critica\* davon sprechen, dass es «die Arbeiterbewegung, wie wir sie aus dem 20. Jahrhundert kennen», nicht mehr gibt. In unserer eigenen Organisation hat diese Erkenntnis Skepsis und Misstrauen ausgelöst. Es gilt aber zu verstehen, um zu handeln. Wir wollten damit natürlich nicht sagen, dass sich die Arbeiterklasse aufgelöst hätte, dass es die Gewerkschaften nicht mehr gibt oder dass es nicht mehr nötig sei, in ihnen zu arbeiten. Wir stellen nur das Offensichtliche fest, dass es den Gesamtkomplex Arbeiterbewegung mit seinen verschiedenen, ineinander greifenden Facetten, der in Europa und in der Welt den Kapitalismus gezwungen hatte, sich zu ändern, um nicht unterzugehen, nicht mehr gibt. Dieser Gesamtkomplex hatte nur teilweise mit der Arbeiterklasse zu tun. Diese stellt natürlich den Kern, um den herum sich nach und nach der Rest scharte, aber das Endergebnis war ein umfassenderes und komplexeres gesellschaftspolitisches Konstrukt. Seit Jahren wird nun im Zusammenhang mit der Transformation des heutigen Kapitalismus, der modernen Arbeitswelt und der gesellschaftlichen Subjekte, die potenziell zu Alternativen zur kapitalistischen Akkumulation fähig sind, über das Schwächerwerden dieses Konstrukts diskutiert.

Das Ende dieser Arbeiterbewegung bedeutet zwangsläufig einen Perspektivwechsel und einen Wechsel der Praxis auch derer, die sich bislang in ihrem Inneren bewegt haben, wenn auch auf der Seite der Opposition. Es gibt die Hoffnung nicht mehr, dass ein starkes gesellschaftspolitisches Subjekt von den eigenen Kämpfen über einen reformistischen Horizont hinaus getragen wird. Und es wäre paradox zu glauben, es könnten die Reformisten sein, die die Arbeiterbewegung so kraftvoll wieder aufbauen können, dass sie neue Reformen zu ihren Gunsten durchsetzen kann – sind sie doch völlig gefangen in dem monetaristischen und neoliberalen Paradigma, das dem Europa des Kapitals zugrunde liegt, zu dessen energischsten Verteidigern sie gehören. Die gesamte europäische Sozialdemokratie wird von diesem Widerspruch durchzogen. Die italienische PD hatte nur den fortgeschrittensten Versuch unternommen, «den Ast abzusägen, auf dem sie sitzt» – und dabei verloren. Sie hat ihre traditionellen gesellschaftlichen Wurzeln in den

unteren Schichten der Bevölkerung gekappt und sich auf den Weg in eine «liberal-progressive» Partei nach US-amerikanischem Vorbild gemacht, was ihr bislang nicht gut gelungen ist.

Es gilt also, die Erfahrungen der letzten Jahre auszuwerten, um zu verstehen, wie eine kritische Intervention in die Gewerkschaften und in die Arbeiterbewegung mit der Intervention gegenüber anderen Bewegungen und Subjekten kombiniert werden kann, die gleich wichtig sind, um ein stärkeres politisches Subjekt aufzubauen, das in der veränderten Arbeitswelt gut verankert und auch in der Lage ist, die ursprünglichen und fruchtbarsten Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts aufzugreifen und zu «verwerten». Es geht nicht darum, das «soziale» gegenüber dem «politischen» Moment zu privilegieren, auch wenn Letzteres heute starke Rückschläge erleidet und sich offenkundig schwer tut, sondern die neue, veränderte Beziehung zwischen beiden Momenten zu begreifen, um ein stärkeres und breiteres antikapitalistisches Subjekt aufzubauen.

Die historische Krise der alten Arbeiterbewegung stellt uns vor das Problem, ausgehend von der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise, die bestimmend ist für die heutige italienische Situation, nach Alternativen zu suchen. Wie sehr die verschiedenen Facetten der Krise ineinandergreifen, haben die Wahlen im vergangenen Februar gezeigt.

Die Stabübergabe von Berlusconi an Monti im November 2011, unter dem aufmerksamen Blick der Europäischen Union und der «aktiven Wachsamkeit» des Staatspräsidenten Giorgio Napolitano, der damit den Übergang von der Zweiten, parlamentarischen, Republik zu einer Dritten, halbpräsidialen, Republik vorweggenommen hat, bestätigt das Misstrauen der italienischen Bourgeoisie gegenüber dem Regime Berlusconis. Der Übergang zur technischen Regierung Monti geschah relativ schmerzlos – dank der Manövrierunfähigkeit der Arbeiterbewegung unter der Führung der PD und der CGIL und dank der demokratischen Illusion breiter Teile der Öffentlichkeit, die Hauptsache sei, dass Berlusconi abtritt. Die Regierung Monti konnte somit das soziale Massaker fortsetzen, mit Maßnahmen, die die völlig diskreditierte Regierung Berlusconi niemals hätte durchsetzen können. Es wurde ein Klima der «nationalen Einheit» geschaffen: Wenn man auf die Straße ging, dann nicht mehr um «die Demokratie» gegen das Monster aus Arcore zu verteidigen, sondern... um gemeinsam zu regieren. Die PD, die in jenen Monaten die Wahlen leicht gewonnen hätte, häufte Widerspruch auf Widerspruch und Spannung auf Spannung und öffnete damit den Weg für den Erfolg der Fünf-Sterne-Bewegung von Grillo und Casaleggio.

Die Korruption ist nun in beiden Lagern zu Hause, dem eh schon geschwächten Sozialstaat werden noch mehr Daumenschrauben angelegt, der gesellschaftliche Leidensdruck verwandelt sich in Feindseligkeit gegenüber der Sparpolitik. Das hat der Sache den Rest gegeben und das Wahlergebnis vom vergangenen Februar hervorgebracht: Die Hauptparteien PD, PdL und die Bürgerliste haben Millionen Stimmen verloren, an den Urnen gab es einen «Tsunami» in Form eines Riesenwählerfolgs für die Fünf-Sterne-Bewegung, die mit 26 % der abgegebenen Stimmen zweitstärkste Partei wurde, während zugleich die Wahlenthaltung stieg.

Nach den Wahlen war das Desaster der PD komplett, sie schaffte es, zwei ihrer Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten zu versenken – einer davon war Romano Prodi, nicht der Geringste im Gotha der italienischen Mitte-Links-Koalition. Und sie beschloss,

Stefano Rodotà, den Kandidaten der Fünf-Sterne-Bewegung, ein auf der Linken angesehener und glaubwürdiger demokratischer Verfassungsrichter, *nicht* zu wählen. Stattdessen ließ sie sich die Wiederwahl Giorgio Napolitanos aufdrücken, die personifizierte Große Koalition seit seinen Tagen als Vertreter des rechten Flügels der KP.

Dessen Wiederwahl hat den Weg freigemacht für eine neue «Regierung der nationalen Einheit», oder eine «Regierung des Präsidenten». Jetzt sind alle vereint in dem Bemühen, dem Land eine neue Sparrunde aufzubürden: Berlusconi, Bersani, Monti und der neue Premierminister, Enrico Letta, von der PD. Der Unternehmerverband Confindustria unterstützt begeistert die neue Regierung, ebenso die drei Gewerkschaftsdachverbände und das Europa der Regierungen und der Banken. Die Regierung Letta ist die bislang letzte Etappe der Krise der PD, sie bricht damit auch mit der gesamten gegen Berlusconi aufgestellten öffentlichen Meinung und mit einem wachsenden Teil ihrer eigenen Wählerschaft.

Was die PD nicht schafft ist an die Wurzel der Probleme zu gehen. Die betreffen den Charakter und die Definition eines politischen Projekts. Das wird jetzt noch undeutlicher, da der Kitt des aktivistischen Antiberlusconismus auf dem Altar der Regierungsfähigkeit geopfert wurde. Die Führung der PD hat die alten Klassenbindungen und die Beziehungen zur Masse der Bevölkerung seit langem aufgegeben, aber sie kann das nicht laut sagen, weil sie in diesem Milieu noch nach Wählerstimmen fischen geht. Über 30 Jahre nach der Wende der KP zum «historischen Kompromiss» – schon damals schaffte sie nicht den Sprung ins Bett der westlichen Sozialdemokratie – ist die PD immer noch unfähig, den letzten Schritt zu ihrer Transformation in eine Partei der Mitte zu machen. Die Straße des gemäßigten Reformismus ist jedoch verschlossen, die Krise hat jeden Spielraum für soziale Kompromisse beseitigt. Wollte die PD wirklich eine Alternative zum bürgerlichen Krisenmanagement, müsste sie das Ende des Fiskalpakts fordern, die Neuverhandlung der Staatsschulden und eine expansive Haushaltspolitik, aber das wäre ein Bruch mit den Maastricht-Kriterien. Es wäre zuviel für eine politische Kraft, die sich als «liberale Verfechterin Europas» definiert.

Die Identitätskrise der PD gebiert parteiintern endlose Zerwürfnisse zwischen Seilschaften. Wenn die politischen Grundlagen, auf denen eine Partei steht, unklar sind, gewinnt der Clangeist Oberhand, Machtspielchen stehen dann im Mittelpunkt. Eine Meisterin darin waren die alte Democrazia Cristiana (DC) und die alte PSI (Sozialistische Partei). Mit ihrem Taktieren um das Präsidentenamt hat die PD die schlimmsten Seiten der alten DC wieder aufleben lassen, im Gegensatz zur PD hatte diese aber in ihrer langen Geschichte Mechanismen des Zusammenhalts gefunden – der Antikommunismus war nur einer davon –, die die PD vergeblich sucht.

Die Wahl Guglielmo Epifanis, Ex-Generalsekretär der CGIL, zum Nachfolger Bersanis an der Spitze der PD war von diesen Machtspielen geprägt. Sie sollte den Machtkampf verdecken, der tatsächlich in der PD stattfindet: zwischen Enrico Letta, dem jetzigen Premierminister, und Matteo Renzi, dem Bürgermeister von Florenz und Gegenspieler von Bersani bei den Vorwahlen um den Spitzenkandidaten des Mitte-Links-Bündnisses. Es geht darum, wer die PD künftig führen wird. Vereinfachend kann man sagen, Letta, der selber ursprünglich aus der DC kommt, steht für die Kontinuität des Apparats der Mitte-Links-Koalition und deren Bindungen an die Führung der CGIL. Renzi hingegen for-

dert offen, mit den Kontinuität aus der KP und der DC zu brechen, um tatsächlich eine Partei US-amerikanischen Typs bilden zu können. Er wäre eher in der Lage, Berlusconi das Terrain streitig zu machen, weil er ihm ähnlicher sieht, jünger ist und deshalb das konservative, für Populismus anfällige Wählerpotenzial, in dem die italienische Rechte fischt, eher ansprechen kann.

Der steile Aufstieg der Fünf-Sterne-Bewegung ist die Kehrseite der Krise der PD, sie hat ihr große Teile der Wählerschaft abgenommen.

Beppe Grillo macht sich zum Sprecher des schichtenübergreifenden Unwillens gegen die «Kaste», die «Berufspolitiker», und die Korruption. Hinzu kommt der zunehmende Unwille gegenüber der Sparpolitik, die von der gesamten großen Koalition hochgehalten wird. Es gibt im Anti-Berlusconi-Lager aber auch eine Radikalisierung um Fragen der Demokratie, gerade auch im Zusammenhang mit der Wiederwahl Napolitanos zum Staatspräsidenten und der Art, wie die neue Regierung der großen Koalition ins Amt gehoben wurde.

Die Fünf-Sterne-Bewegung gehört nicht zu den rechtspopulistischen Formationen, die derzeit in Europa Zulauf haben, indem sie antieuropäische Stimmungen sammeln. Eher ist sie eine demokratische, klassenübergreifende Bewegung, die versucht, Stimmungen zum Ausdruck zu bringen und zu Mandaten zu verhelfen, ohne eine wirkliche soziale Verankerung zu haben. Sie macht sich die Anliegen von Umweltbewegungen oder ökologischen Bewegungen zu eigen, verteidigt die Gemeingüter, die «Souveränität» der Kommunen und den Respekt für die demokratische Verfassung. Die «Grillini», wie ihre Anhänger genannt werden, erscheinen als konsequente Verteidiger des Parlamentarismus, auch in der Art, wie sie sich in den gewählten Institutionen bewegen: Sie bestehen auf dem Primat der Legislative gegenüber der Exekutive. In vielen wichtigen Fragen sind sie voller Widersprüche und Zweideutigkeiten, angefangen von der Verteidigung der Rechte der Arbeiter bis zum Kampf der Migranten für ihre Bürgerrechte und sozialen Rechte. Nur die Entwicklung der nächsten Monate kann zeigen, ob sie bei ihrer Rolle als Oppositionspartei bleiben werden oder ob die Bewegung an der Notwendigkeit, sich klar zu positionieren, zerbricht.

Ein Beispiel für ihre Widersprüchlichkeit: In Val di Susa, im Piemont, gab es am 23. März eine Massendemonstration gegen den geplanten Hochgeschwindigkeitszug TAV und seine sozial wie ökologisch zerstörerischen Folgen. Sämtliche Mandatsträger der Fünf-Sterne-Bewegung machten sich auf den Weg, ihre Verbundenheit mit der Bewegung zu zeigen. Aber in Rom hat sich ihr Kandidat für das Bürgermeisteramt bei den letzten Kommunalwahlen gegen die «missbräuchliche Besetzung» von Häusern durch die Bewegung für das Recht auf Wohnen, durch Mieter und Zwangsgeräumte, gestellt. Ein weiteres Beispiel: Die «Grillini» nehmen an Mobilisierungen zur Verteidigung der öffentlichen Schule und des Gesundheitswesens teil, nehmen diese Themen und Forderungen auch in ihre Wahlprogramme auf, aber sie schweigen zu den heftigen Ausfällen Grillos gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die Rentner, die seiner Meinung nach «Faulpelze» sind, die dem Staat nur auf der Tasche liegen.

Ein Blick auf die Zusammensetzung der Wählerschaft der Fünf-Sterne-Bewegung bestätigt ihren widersprüchlichen und Übergangscharakter: Auf der einen Seite scharft sie bedeutende Teil der prekären Beschäftigten hinter sich, in wachsendem Maß auch Ar-

beiterinnen und Arbeiter, die der Mitte-Links-Koalition und selbst der ehemaligen radikalen Linken den Rücken kehren, und wirbt mit dem Schlachtruf nach direkter Demokratie. Ein anderer Teil ihrer Anhänger bleibt jedoch Mechanismen der Repräsentation verhaftet und ist angezogen vom charismatischen Auftreten Grillos – das sind Leute, die eher aus dem Mitte-Rechts-Spektrum und dem Einflussbereich der Lega Nord kommen oder der früheren Partei des ehemaligen Richters Antonio di Pietro nahestanden.

Der Zusammenbruch der Reste der radikalen Linken (Rifondazione Comunista und Comunisti Italiani) hat mit dem Durchbruch Grillos insofern zu tun, als letzterer, ungeachtet seiner Widersprüche, in Italien einen Platz ausfüllt, der auch von einer anti-neoliberalen oder antikapitalistischen Linken besetzt werden könnte. Darin liegt genau das Problem, dass es in Italien eine solche Formation nicht gibt und dass man sie auch nicht erfinden kann, indem man in letzter Minute, wenige Monate vor der Wahl, die Reste der Apparate der kleinen Parteien zusammensammelt, die keine soziale Verankerung haben und bis zur Halskrause durch die eigene Bedeutungslosigkeit und die Beteiligung an Mitte-Links-Bündnissen – und damit an der Sparpolitik – kompromittiert sind.

Wir denken, dass man mit viel Geduld von vorn anfangen muss: das heißt Beteiligung an gesellschaftlichen Konflikten und sozialen Bewegungen, die ja existieren und mühsam ihren Weg suchen, und ihre Begleitung bei ihren, manchmal falschen, Versuchen, soziale Radikalisierung in politische Antworten zu übersetzen.

Es gilt, die Kämpfe der abhängig Beschäftigten aus der Zwangsjacke zu lösen, in die sie die Gewerkschaftsapparate pressen. Dieser Deckel muss gesprengt werden, es gilt, sie in Verbindung zu bringen mit den zerstreuten, aber bedeutenden Konflikten und sozialen Kämpfen der neuen Bewegungen: mit der neuen Generation der Studierenden und Prekären, den eher territorialen Bewegungen gegen den Hochgeschwindigkeitszug in Val di Susa, gegen die US-Militärbasis in Sizilien, auf der ein gigantisches Satellitensystem für die US-Marine installiert werden soll, gegen die Expo 2015 in Mailand. Diese Bewegungen waren es, die den einzigen bedeutenden politischen Erfolg der letzten Jahre davongetragen haben: das Referendum für das Wasser als öffentliches Gemeingut und gegen die Atomenergie im Juni 2011. Es gilt, den Acker des Klassenkampfes neu zu durchpflügen, den Ballast der Vergangenheit abzuwerfen und elementare Grundsätze neu aufzurichten: die Unabhängigkeit vom Liberalismus auch in seiner sozialliberalen Variante, ein möglichst breites Verständnis von Klassenkampf, die Beförderung von Mechanismen der direkten Selbstorganisation der gesellschaftlichen Subjekte, die In-Gang-Setzung von Prozessen der Einheit, die von unten ausgehen und den Kämpfen und Bewegungen die Zeit für ihre Entwicklung geben – ohne wieder Schichten von politischen Vertretern zu schaffen, die nur darauf aus sind, sich selbst zu reproduzieren, ohne Rücksicht auf die Erfordernisse der Bewegung und deren Rhythmen.

Heute bedeutet das, Räume zu schaffen, die die sozialen Kämpfe und die Suche nach politischen Antworten zusammenbringen, sich mit den Kämpfen zu verbinden und von dort aus eine gesellschaftliche Massenopposition gegen die Sparpolitik und die Regierung der großen Koalition aufzubauen – in einer Perspektive, die über den eigenen Rahmen hinaus auf die Konflikte und Bewegungen in Europa schaut.

*Der Autor ist Mitglied der nationalen Koordination von Sinistra Critica und aktiv in der Initiative für die Schuldenstreichung, Rivolta il Debito.*

### **Anmerkung**

\*Sinistra Critica ist eine Organisation der antikapitalistischen Linken. Sie gründete sich 2005 als linke Strömung innerhalb von Rifondazione Comunista (PRC), als es um den Streit ging, ob die PRC die Regierung Prodi noch länger unterstützen solle. Sie verließ die PRC 2007, nach dem Ausschluss ihres damaligen Senators Franco Turigliatto aus der Partei, weil dieser gegen die Verlängerung des Afghanistan-Mandats gestimmt hatte. Sie baute sich dann als eigenständige Organisation auf und erreichte 700 Mitglieder. Sie kandidierte zu den Parlamentswahlen 2008, die einen dramatischen Stimmenverlust der «Regenbogenlinken» mit sich brachten – der Preis für die Tolerierung der Regierung Prodi; Sinistra Critica kam auf 0,5% der Stimmen.

Im Herbst 2011 begann eine Diskussion um die Frage, welcher Typ von Intervention am ehesten geeignet sein könnte, die mögliche Radikalisierung neuer Generationen aufzugreifen – im Rahmen der sozialen Proteste, die ab 2010 in Europa und im gesamten Mittelmeerraum um sich griffen: Die neuen sozialen Bewegungen, die Krise der alten Arbeiterbewegung, die Notwendigkeit einer neuen politischen Sprache und politische Aktionsformen, die den neuen Bewegungen und der Realität der modernen Arbeitswelt entgegenkommen könnten – das waren Themen, um die diskutiert wurde. Die Auseinandersetzungen darum haben die Organisation auf ihrem nationalen Kongress Mitte Oktober 2012 mittendurch gespalten; seither sind die Differenzen noch gewachsen und haben zu unterschiedlichen Praxen und Strategien für den Aufbau einer antikapitalistischen Linken geführt. Im März dieses Jahres wurde entschieden, dass Sinistra Critica weiter den gemeinsamen Rahmen einer antikapitalistischen Linken darstellen und auch ihre Beziehungen zur IV. Internationale aufrechterhalten sollte, ihre beiden Strömungen jedoch jeweils öffentlich auftreten sollten, um die eigene Linie und politische Praxis auszuprobieren.

«Rivolta il Debito, per l'area anticapitalistica» (Kehr die Schulden um, antikapitalistisches Forum) behauptet von sich, die Kontinuität der politischen Erfahrungen von Sinistra Critica zu repräsentieren.